



Protokollauszug

aus der
37. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
vom 19.01.2023

öffentlich

Top 5.3 Information zur einheitlichen EBO

-vertagt-

Frau Aabel kann dazu nicht viel sagen, da muss die Fachbereichsleitung und die Bereichsleitung Kita sich positionieren. Sie empfiehlt die Vertagung.

Unter TOP 7 informiert sie zu aktuellen Verabredungen, indem sie aus einem vorliegenden Kurzprotokoll zitiert. (Anlage)

Protokoll

Thema: Kita-Elternbeiträge in der Landeshauptstadt Potsdam – Kosten einer einheitlichen Elternbeitragsordnung

Datum: 17.1.2023

Teilnehmerkreis:

Träger: Frau Frenkler, Frau Meike (Frau Rösch entschuldigt)

LHP: Herr Pfeiffer, Herr Henkelmann, Frau Elsaßer

KKEB: Herr Witzsche, Frau Kahl

Protokollführer: Herr Henkelmann, Frau Elsaßer

Tagesordnung

TOP	Kita-Elternbeiträge in der Landeshauptstadt Potsdam – Kosten einer einheitlichen Elternbeitragsordnung
-----	--

TOP

TOP	Thema
	Kita-Elternbeiträge in der Landeshauptstadt Potsdam – Kosten einer einheitlichen Elternbeitragsordnung
	<ul style="list-style-type: none">- LHP: Rückblick erklärter Wille für eine einheitliche Empfehlung – bisherige Konsensvarianten (siehe PowerPoint Anlage)- Vor dem Hintergrund der Entwicklung seitens des Landes wurde Ende 2022 keine Vorlage „Einheitliche EBO“ in den Geschäftsgang gebracht - Entlastungspaket des Landes Rechtskraft seit 01.01.2023- Ziel mit Arbeitsgruppe möglichst Konsensfindung – Möglichkeiten unter Beachtung der Normierung an der Empfehlung zur Einheitlichkeit in Potsdam festzuhalten- Vorstellung möglicher Nettovariante (siehe PowerPoint Anlage)- Benennen der Risiken – Alter der Datengrundlage (Unschärfe in der Berechnung), rechtliche Fragen in Bezug auf die Landesdeckelung

TOP	Thema
Hinweise / Vereinbarungen / Ergebnisse	
<ul style="list-style-type: none"> - KKEB mach deutlich, dass aus Sicht Elternvertretung (KKEB) kein Konsens in 2022 bestand, so auch im JHA kommuniziert <ul style="list-style-type: none"> o Position - zusätzlich Geld in die Hand nehmen o Unterstützt Möglichkeit der „Trägereinigung“ ohne die LHP – gesetzlicher Rahmen ist gegeben o Ziel: Keine Eltern sollen mehr zahlen als aktuell - FBL 23 hält mögliche Nettovariante mit 309 T€ Mehrbedarf für intern verhandelbar (Basis vorhandene Datenlage) - Diskussion um aktuelle „Ausreißer“ der Kostenhöhe nach - Frage Träger: Könnte ggf. die zukünftige Satzung für gemeindliche Kitas eine Grundlage für die EBO sein? <ul style="list-style-type: none"> o LHP: Einheitliche Empfehlung EBO, dann Abgleich mit Kalkulation gemeindliche Kitas und Entscheidung gemeindliche Satzung o Muss Ziel: Satzung bis zur Sommerpause - Hinweis Träger und KKEB: Beachtung schrittweise Gesetzesnovelle 2024 ff mitdenken - Transparenz bezogen auf Mehreinnahmen des Landes gewünscht, angrenzend Diskussion aller Anwesenden über Aufwand / Nutzen Betrachtung aktuell (bis 35 T€ Beitragsfreistellung, bis 55 T€ Deckelung) und mit Blick auf die Einheitlichkeit bei weiterer Beitragsfreistellungen für das Kindergartenalter (Verbleib KK und Hort), ggf. nur „Spitzen“ ausräumen - Einkommensbegriff für alle Eltern im Land gleich 	
Ergebnis:	
a. kein finaler Konsens zu einer neuen Netto-Variante	
b. Verabredungen zwischen den AG-TeilnehmerInnen:	
<ul style="list-style-type: none"> - Verwaltung erstellt Tabelle nach möglicher Nettovariante, Gegenüberstellung finanzielle Auswirkungen Landespaket und inkl. Deckelung → bis 03.02.2023 - Vorschlag aus Trägersicht folgt - KKEB + Träger Wunsch: LHP entwickelt gemeindliche Satzung und Träger prüfen, ob diese konsensfähig als EBO-Variante wären - Gespräch LHP und MBS am 19.1.2022 - Mögliche Frage: <ul style="list-style-type: none"> o Wie wird die Gemeinde in die Lage versetzt, einheitliche Empfehlungen zu entwickeln? 	

Nächster Termin
13.02.23 um 15:00 Uhr

Anlagen:

PowerPoint Sitzung 17.1.2023